UOKG
UNION DER OPFERVERBÄNDE KOMMUNISTISCHER GEWALTHERRSCHAFT e.V.
Newsletter 2/2 2021

Blick von der MfS-Zentrale gen Westen Foto: UOKG

Liebe Mitglieder, liebe Leser und Leserinnen,
die Suche nach einer oder einem SED-Opferbeauftragten hat sich lange hingezogen. Eigentlich wollte man sich schon im Januar auf eine Person verständigen. Später hieß es März. Am Ende wurde es dann Anfang Juni (siehe Beitrag rechts). Wichtig ist aber, dass eine Entscheidung getroffen wurde. Wer weiß, wie lange es sich sonst noch hingezogen hätte. Mit Evelyn Zupke ist zwar eine Persönlichkeit in das Amt der SED-Opferbeauftragten gewählt wurden, die in der Arbeit mit den SED-Opfern nicht allzu viel Erfahrung mit sich bringt, dennoch sollte man ihr eine Chance geben. Gleich zum Amtsbeginn am 17. Juni wird es Frau Zupke zur UOKG führen, wo sie sich mit dem gesamten Vorstand der UOKG treffen wird. Dies ist ein gutes Zeichen in Richtung der Opfer. Selbstverständlich werden wir bei diesem ersten offiziellem Kennenlerngespräch auch schon verschiedene Themen ansprechen, bei den aus unserer Sicht noch dringender Handlungsbedarf besteht. Dazu gehören unter anderen, die bisher nicht stattgefundene Wiedergutmachung für das Vertreibungsunrecht der Zwangsausgesiedelten, die Aufarbeitung der Zwangsarbeit in politscher DDR-Haft und die Schaffung einer entsprechenden, angemessenen Entschädigungsregelung, die Beweislastumkehr für Betroffene von gesundheitlichen Folgeschäden aus Haft oder Zersetzung, die Einführung eines bundesweiten Härtefallfonds nach dem Vorbild von Berlin, Brandenburg und Sachsen und die Problematik rund um das Fremdrenten-/Rentenüberleitungsgesetz.
Auf die SED-Opferbeauftragte wird viel Arbeit zukommen. Wir hoffen, dass sie sich schnell in die vielen und vielfältigen Themen einarbeiten und ihr ein schlagkräftiges Team zur Seite gestellt wird. Im Interesse der Opfer von SED und SBZ hat sie unsere volle Unterstützung. Herzlichst, Ihr Dieter Dombrowski

500.000 Euro für politisch Verfolgte in der Kirche

Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKMD) übernimmt Verantwortung gegenüber Opfern von kirchenleitendem Handeln während der SED-Diktatur. Dafür hat der Landeskirchenrat ein Anerkennungsverfahren initiiert für Personen, die aus politischen Gründen drangsaliert und in ihren Kirchen disziplinarisch belangt oder die durch Verrat aus kirchlichen Kreisen inhaftiert, gedemütigt, traumatisiert oder zur Ausreise gedrängt wurden.
Als Ombudsperson, mit deren Unterstützung die Anträge zu stellen sind, wurde Hildigund Neubert beauftragt. Die Anerkennungsentscheidungen erfolgen durch einen Anerkennungsausschuss. Anträge können bis 30. April 2023 gestellt werden. Formen der Anerkennung erlittenen Unrechts können die formale Feststellung des Unrechts, eine einmalige Anerkennungsleistung beziehungsweise eine öffentliche Anerkennung und Würdigung sein. Für das Anerkennungsverfahren wurde im Haushalt ein Budget in Höhe von 500.000 Euro bereitgestellt. Dieser Finanzrahmen orientiert sich an vergleichbaren Verfahren. (BB)

SED-Opferbeauftragte

Am Donnerstag den 10. Juni 2020 hat der Bundestag Evelyn Zupke zur Beauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag mit großer Mehrheit gewählt.

Evelyn Zupke nach der Wahl im Bundestag mit Roland Jahn und Dieter Dombrowski Foto: UOKG

Die 59-jährige Zupke war Oppositionelle in der DDR. Sie war Mitglied im Friedenskreis Weißensee und maßgeblich an der Aufdeckung des Wahlbetrugs bei den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 beteiligt. Im wiedervereinigten Deutschland arbeitete sie bis zur jetzigen Übernahme des neu geschaffenen Amtes als Sozialpädagogin für Menschen mit psychischen Erkrankungen. Seit mehr als 20 Jahren ist Evelyn Zupke als Zeitzeugin in Schulen deutschlandweit tätig, um von ihren Diktaturerfahrungen zu berichten und zu mahnen.
(BB)

Berichte

Sozialstudie

In Brandenburg wurde Ende letzten Jahres die „Studie zu aktuellen Lebenslagen von Menschen aus dem Land Brandenburg, die in der SBZ/DDR politisch verfolgt wurden oder Unrecht erlitten und deren mitbetroffenen Familien (Sozialstudie)“ von der Aufarbeitungsbeauftragten des Landes Brandenburg, Dr. Maria Nooke, vorgestellt. Die Untersuchung wurde vom Berliner Institut für Sozialforschung (BIS) in den Jahren 2019/2020 durchgeführt. Die Studie befasst sich mit den heutigen Lebenslagen wie Einkommen, Bildung, Beruf, Gesundheit, den Repressionserfahrungen in der SBZ/DDR und deren Folgen sowie den Erfahrungen mit Rehabilitierung und Entschädigung im demokratischen Rechtsstaat. Die Ergebnisse zeigen die zum Teil prekäre Situation der Betroffenen. „Es sollte Politik und Gesellschaft betroffen machen, dass SED-Opfer doppelt so häufig von Krankheiten und wirtschaftlicher Not wie die Durchschnittsbevölkerung in Brandenburg betroffen sind“, so Dombrowski.

Die Sozialstudie ist über die Landesbeauftragte erhältlich oder unter https://aufarbeitung.brandenburg.de/themen/sozialstudie/ abrufbar.

Auch das Land Berlin erarbeitet derzeit eine Sozialstudie deren Ergebnisse im Herbst erwartet werden. (BB)

Das Ende einer Behörde, das Ende einer Einsicht?

Stasi-Unterlagen-Archiv in Berlin-Lichtenberg. Foto: UOKG

Am Anfang stand die Einsicht, das Akteneinsicht nötig ist. An dieser Einsicht will inzwischen keiner mehr rütteln. Und doch ist am Ende keiner wirklich begeistert. Immerhin war „die BStU“ so etwas wie das Flaggschiff der Aufarbeitungsfahrt durch die Jahrzehnte nach der Friedlichen Revolution. Wenn die Bundesbeauftragten Joachim Gauck, Marianne Birthler oder Roland Jahn Defizite bei der Aufarbeitung aufzählten, dann hörte die Nation zu. Der oder die BStU verfügten über Autorität in Sachen Aufarbeitung. Dabei hatte die Behörde ursprünglich eine begrenzte Aufgabe. Sie sollte die zehntausendfach aufgestellten Forderungen des Herbstes 1989 in Taten umsetzen: „Meine Akte gehört mir!“ – „Stasi in die Volkswirtschaft.“ – „Aufklärung der Stasi-Verbrechen!“. Diese Forderungen wurden im vereinten Deutschland aus sehr unterschiedlichen Motiven heraus von manchem nicht gerne umgesetzt. Es bedurfte der einen oder anderen Besetzung, Demonstration, Petition und Gesetzesinitiative. Einmal wuchs sich ein Konflikt so weit aus, dass der Behördenchefin Birthler vom Innenminister ein Ultimatum gestellt wurde – dem sie nicht nachkam. Mit Erfolg. Mitunter stotterte der Behördenapparat. Die Wartezeiten auf Akteneinsicht dehnten sich. Die elektronische „Schnipselmaschine“, die die zerrissenen Akten zusammensetzen sollte, ließ auf sich warten. Immer wieder gab es – quer durch alle Parteien – Stimmen, die dieses merkwürdige Ergebnis des Bürgerwillens endlich „in geordnete Bahnen“ lenken wollten. Darunter waren auch solche Stimmen, die sich darunter eine Abschaffung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und eine Auflösung der Archive in Berlin und den ehemaligen Bezirksstädten vorstellten. Während der Übergabe in die Landesarchive – so die Idee – könnte man durchaus „Doppelüberlieferungen“ und „unwesentliche Dokumente“ vernichten oder wie es in der Amtssprache heißt: kassieren. Ob Ideen dieser Art mehrheitsfähig geworden wären, ist nicht abzuschätzen. Klar aber ist: Daraus wurde nichts, unter anderem weil die UOKG dagegen war. Die 111 Kilometer Stasiakten werden nach Struktur und Inhalt erhalten. Sie kommen als „geschlossener Bestand“ ins Bundesarchiv – mit einem eigenen Klingelschild draußen dran. Das Bundesarchiv ist gesetzlich verpflichtet, diese Akten zur Verfügung zu stellen. Sie werden – als Ewigkeitsaufgabe – erhalten, wie die Akten aus der NS-Zeit und der Kaiserzeit auch. Das ist die Aufgabe eines nationalen Archivs. Und wir werden darauf achten, dass es diese Aufgabe auch erfüllt. Wer macht nun die Stimmen und berechtigten Forderungen der SED-Opfer auf der Ebene des Bundes hörbar? Evelyn Zupke, die erste SED-Opferbeauftragte des Deutschen Bundestages wird, davon gehen wir aus, engagiert diese Aufgabe wahrnehmen. Wir heißen sie herzlich willkommen. (Christian Sachse)

Berichte

Gedenken am Roedeliusplatz

Es gibt Plätze, die haben im Laufe der Jahre ihr Grauen verloren. Dafür gibt es in solchen Fällen den Spruch von der „Gnade des Vergessens“. Aber kann es wirklich erstrebenswert sein, die Erinnerung an die NKWD-Keller rund um den Roedeliusplatz in Berlin-Lichtenberg auszulöschen? Im heutigen Amtsgericht fällte ein Sowjetisches Militärtribunal Todesurteile und verbannte politische Gegner in sowjetische Zwangsarbeiterlager. Die Staatssicherheit nutzte das Bezirksgericht später als eine Art „Hofgericht“, um ihr genehme politisch motivierte Verurteilungen vornehmen zu lassen. Keiner wollte ein Gedenken an die Opfer von Willkür und politischer Justiz verhindern. Aber den Prozess in die Hand zu nehmen, dauerte dann doch etliche Jahre. Nach einem Beschluss der Bezirksverordneten von Lichtenberg wurde die Koordination Rainer E. Klemke übertragen, der jede Auseinandersetzung fair und transparent moderierte. Im Ergebnis entstand die Skulptur „Einschlüsse“ des Berliner Künstlers Roland Fuhrmann, eine Zusammenstellung von Zellentüren durch dessen Löcher man in die Geschichte zurückschauen kann. Man darf gespannt sein, ob und wie dieses gelungene Mahnmal von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen wird.
(Christian Sachse)

Skulptur „EINSCHLÜSSE“ des Berliner Künstlers Roland Fuhrmann. Foto: siehe im Bild

Blick auf den Roedeliusplatz in Lichtenberg. Foto UOKG

Beim Fluchtversuch getötet

Michael Schulz, Gedenkstättenbeauftragter der UOKG, setzt sich seit vielen Jahren auch für die Installierung und Instandhaltung von Gedenkstätten für an der Grenze ums Leben gekommene Flüchtlinge ein. So hat die UOKG zusammen mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz e.V. (BUND) in den vergangenen Jahren 6 vom Bundestag anerkannte Gedenkstätten entlang des früheren eisernen Vorhangs errichtet.

Dazu gehört auch eine Gedenkstätte bei Mechau. Dort hatten am 15. Oktober 1978 Rainer Burgis und sein Freund Wilfried Senkel versucht, die Grenzanlagen zu überwinden. Dabei wurde eine Splittermine ausgelöst, die Rainer Burgis auf der Stelle tötete. Wilfried Senkel verstarb wenige Tage später an seinen schweren Verletzungen.

Am 30. März wurden nun neue Hinweis- und Informationsschilder in Mechau und an der Gedenkstätte angebracht. Auch soll die Gedenkstätte auf neuen Karten, etwa für Wanderer und Radfahrer, die am „Grünen Band“ unterwegs sind, eingearbeitet werden. (BB)

Dieter Leopold, Projektleiter des Grünen Bandes und Michael Schulz. Foto: M. Schulz

Abschied

Trauergesellschaft in Frankfurt (Oder). Foto: UOKG

Mit großer Betroffenheit mussten wir Ihnen mitteilen, dass am 4. Mai 2021 unsere langjährige und hochgeschätzte Kollegin Carola Schulze leider verstorben ist. Frau Schulze wurde am 7. Juni in Frankfurt (Oder) im Beisein von der Familie, Freunden und Freundinnen, Kollegen und Kolleginnen beigesetzt. Die UOKG hatte am 9. Mai 2021 im Tagesspiegel eine Traueranzeige geschaltet. Viele Menschen haben uns ihr Beileid ausgedrückt. Vielen Dank! Frau Schulze stellte Zeit ihres Lebens immer die Bedürfnisse anderer vor die eigenen. Wir werden sie schmerzlich vermissen! (BB)

Aus den Verbänden

Gedenken an 9. November

Am 14. November 2020 organisierte die Regionalbeauftragte der UOKG für Rheinland-Pfalz Elke Schlegel in Koblenz eine Gedenkveranstaltung, die aufgrund der Corona-Pandemie leider auf zwei Familien beschränkt war.

Frau Schlegel, selbst politische Gefangene in Hoheneck, ging in ihrer Rede auf die Defizite im Umgang mit den Opfern der SED-Diktatur ein und prangerte an, dass das Land Rheinland-Pfalz keine Notwendigkeit gesehen hat, zentrale Veranstaltungen zu den Jubiläen des Mauerfalls und der Wiedervereinigung durchzuführen. (BB)

Elke Schlegel mit Mitgliedern der VOS am Denkmal in Koblenz. Foto: Elke Schlegel

„NUR FORT VON HIER“

Das Menschrechtszentrum Cottbus e.V. präsentiert ab dem 18. Juni eine neue Internetseite: ww.nurfortvonhier.de erzählt sieben ausgewählte Fluchtgeschichten der jüngeren Vergangenheit. Fünf von ihnen versuchten aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland zu fliehen, die zwei anderen flohen 2015 aus dem Bürgerkriegsland Syrien. Ihre Biografien stehen für zwei Fluchtbewegungen, die für Deutschland und Europa nach 1945 besonders prägend waren: Zum einen die jahrzehntelange Massenflucht aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland zwischen 1949 und 1989, zum anderen die Massenflucht der 2010er Jahre, bei der Millionen Menschen in Europa Zuflucht vor Krieg, Armut und Unterdrückung suchten.

Die Idee hinter der Internetseite ist es, ganz unterschiedliche Menschen aus fünf Jahrzehnten nebeneinander zu porträtieren – mit ihren individuellen Vorgeschichten und Fluchtgründen, den völlig unterschiedlichen Fluchtwegen und Folgen. Die Fluchtgeschichten richten sich an alle, die sich für die Themen Flucht und Menschenrechte, für die Situation Fliehender und Geflüchteter, für die DDR und die aktuellen Fluchtbewegungen interessieren. (BB)

Profilbild der neuen Internetseite *„NUR FORT VON HIER“* Bild: MRZ

NUR FORT VON HIER
Menschen auf der Flucht

Logo der neuen Internetseite. Bild: MRZ

Lagergemeinschaft Workuta

Am 11. November 2020 hat der Protokollchef des Landes Berlin, Dr. Andreas Zimmer, im Auftrag des Bundespräsidenten Herrn Stefan Krikowski, der sich seit vielen Jahren sehr engagiert in der Lagergemeinschaft tätig ist, die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland im Roten Rathaus überreicht. Ursprünglich sollte der Berliner Kultursenator von den Linken, Dr. Klaus Lederer, den Bundesverdienstorden überreichen. Dies hatte Herr Krikowski aber verständlicherweise abgelehnt. (BB)

Herr Kriwoski mit seiner Frau Margreet und Herr Dr. Zimmer. Foto: Thomas Platow

Vor 45 Jahren

In der Nacht zum 1. Mai 1976 wurde Michael Gartenschläger im Alter von 34 Jahren bei dem Versuch einer der 60.000 installierten Selbstschussanlagen abzumontieren von einem Stasi-Kommando mit 120 Schüssen getötet. Die DDR hatte die Selbstschussanlagen lange Zeit abgestritten. Heute erinnert eine u.a. von der UOKG installierten Gedenkstätte an Gartenschläger, der sich Zeit seines Lebens gegen das DDR-Regime einsetzte. Auch in diesem Jahr wurde an Gartenschlägers Todestag gedacht. (BB)

Gedenkstätte Gartenschläger Foto: Michael Schulz

Aus den Verbänden

Gedenkstätte nimmt langsam Gestalt an

Auf etwa 500 m² Fläche ist eine Dauerausstellung geplant, die Leid und Qualen der hier zu Unrecht politisch inhaftierten Frauen thematisiert und voraussichtlich 2022 eröffnet wird. Am 1. Juni hat Herr Prof. Dr. Stefan Appelius, Politikwissenschaftler, seine Tätigkeit als Projektleiter für die Gedenkstätte aufgenommen. Gemeinsam mit der Agentur KOSMOS, Leipzig, beauftragt von der Stadt Stollberg, soll das bisher vorliegende Konzept umgesetzt werden. Hierzu gibt es noch viele ungeklärte Fragen, da die Öffentlichkeit bisher unzureichend über dieses Konzept und dessen Realisierung informiert wurde. Auch der von der Stadt Stollberg berufener Fachbeirat wird nicht transparent in die konzeptionelle Entwicklung der Ausstellung eingebunden. An der vom Bund und Land mit über 1,4 Millionen Euro geförderten Errichtung der Gedenkstätte, müssen vor allem die ehemals betroffenen Frauen beteiligt sein. Als zukünftiger Ort politisch-historischer Bildungsarbeit und Demokratieerziehung ist es besonders wichtig, jungen Menschen die Möglichkeit forschenden Lernens an diesem ehemaligen Repressionsort zu eröffnen. Gedenken und Innehalten aller ehemals Betroffenen mit ihren jeweiligen Kreisen schließt dies natürlich ein. Jene, die dort Zwangsarbeit leisten mussten, furchtbare Qualen, körperliche und seelische Folterungen erlitten, haben ein Recht auf umfassendes Gehör bei der Umgestaltung des ehemaligen Zuchthauses zur dauerhaft aussagefähigen Gedenkstätte. Gemeinsam mit allen kompetenten Unterstützerinnen und Unterstützern setzen wir uns dafür ein.

(Carla Ottmann und Konstanze Helber)

Die Baustelle Hoheneck. Foto: UOKG

Der Zellentrakt des Frauenzuchthauses Hoheneck. Foto: UOKG

Doping-Opfer-Hilfe

Betroffene des DDR-Zwangsdoping können ab sofort auf eine verwaltungsrechtliche Rehabilitierung hoffen. Das Verwaltungsgericht Greifswald (Az. 5 A 917/19 HGW) entschied am 28.12.2020 erstmals zugunsten einer Betroffenen.

Die Anwendbarkeit des Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (VwRehaG) und damit die Gewährung von Entschädigungen von Opfern des Zwangsdopings in der DDR war bislang von den in den Bundesländern zuständigen staatlichen Stellen auf Grundlage einer Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 2007 abgelehnt worden. Dieser kam zu dem Fazit, dass Ansprüche aus dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz VwRehaG wohl nicht bestünden, da die Anspruchsvoraussetzung nach § 1 Abs. 2 VwRehaG nicht vorliegen würden, weil das staatlich verordnete Doping nicht der politischen Verfolgung gedient hätte oder ein Akt der Willkür gewesen sei, sondern vielmehr die Leistungssteigerung der Athleten und die Steigerung des nationalen Ansehens der DDR in der Welt intendierten.

Das Verwaltungsgericht Greifswald widerspricht dem und trägt u.a. vor, dass entgegen der Auffassung des Beklagten sehr wohl ein Willkürakt im Einzelfall vorliegt. Im Übrigen hat es einen schwerwiegenden Verstoß gegen das Prinzip der Verhältnismäßigkeit dargestellt, einzelnen Sportlern die unbewusste Inkaufnahme erheblicher gesundheitlicher Risiken in der Annahme zuzumuten, aufgrund daraus resultierender Folgen im Spitzensport werde das Ansehen der DDR in der Welt gesteigert und die eigene Bevölkerung zufriedengestellt.

Für Beratungen können Sie sich gerne an uns oder direkt an die DOH e.V. wenden.

(BB)

Das bekannte Dopingmittel Turinabol. Foto: Wikipedia

Kurz erzählt

Versuch zu fliegen

Auch in diesem Newsletter haben wir über den tragischen Verlust unserer Kollegin Carola Schulze informiert. In diesem Zusammenhang erfuhr die UOKG leider erst jetzt von der von Frau Schulze verfassten und nun von der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAkD) herausgegeben Broschüre: „Versuch zu fliegen mit schweren Flügeln“ – Kampf um Autonomie in repressiven Strukturen. Der Dichter Ralf-Günter Krolkiewicz.

Das Besondere an dieser Broschüre ist, dass Carola Schulze nicht auf dem herkömmlichen Weg die Geschichte von Herrn Krolkiewicz erzählt, sondern anhand der Gedichte und Prosatexte, die Krolkiewicz verfasst hatte, das Leben und die jeweiligen Stimmungen darzustellen. Krolkiewicz war Dichter, Schauspieler, Regisseur und 1997 bis 2004 Intendant des Potsdamers Hans-Otto-Theaters und verstarb 2008 im Alter von nur 52 Jahren.

(BB)

Aris neue Landesbeauftragte

Am 30. April wurde die neue Landesbeauftragte Sachsens zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Dr. Nancy Aris eingeführt. Aris war zuvor über viele Jahre die Stellvertreterin von Lutz Rathenow gewesen. Die UOKG bedankt sich bei Lutz Rathenow für die enge Zusammenarbeit in den letzten 10 Jahren und freut sich diese Arbeit nun mit Frau Dr. Aris weiterzuführen. (BB)

Dieter Dombrowski mit Frau Dr. Nancy Aris und Herr Lutz Rathenow. Foto: UOKG

Neuer Geschäftsführer

Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten hat einen neuen Geschäftsführer gefunden. Das Amt wird zum 1. September 2021 der 49-jährige Dr. Markus Pieper antreten. Seit 2012 ist Pieper bei der Stiftung Aufarbeitung tätig. Dort ist er Leiter des Arbeitsbereichs Gedenkstätten und Erinnerungskultur. Pieper übernimmt das Amt von Siegfried Reiprich, welcher im Juli vergangenen Jahres freigestellt wurde, nachdem er nach umstrittene Posts auf Twitter setzte. So kommentierte er Ausschreitungen in Stuttgart mit „War da nun eine Bundeskristallnacht oder ‚nur‘ ein südwestdeutsches Scherbennächtle?“. (BB)

Dr. Markus Pieper. Foto: SMKT

Bundesverdienstkreuz

PLATFORM OF EUROPEAN MEMORY AND CONSCIENCE

Nach einem Aufruf der Plattform für das Gedenken und Gewissen Europas und der UOKG von vor drei Jahren sind bereits achtundvierzig ehemalige DDR-Bürger, welche bei ihrem Versuch, über den Eisernen Vorhang in der ehemaligen Tschechoslowakei in den Westen zu fliehen, umgebracht oder verhaftet wurden, von Gerichten der heutigen Tschechischen und Slowakischen Republiken rehabilitiert worden. Die Rehabilitierten haben Anspruch auf eine Entschädigung. Der Aufruf gilt also weiterhin. Betroffene sollten eine entsprechende Rehabilitierung beantragen.

Der Weg ist frei! (BB)

Aussprache im Bundestag

Das Rentenüberleitungsgesetz und die Folgen für die DDR-Flüchtlinge und Übersiedler ist den Betroffenen schon lange ein Dorn im Auge. Alle bisherigen Bemühungen den im Grunde zustehenden Vertrauensschutz wiederherzustellen sind bisher sowohl vor Gericht als auch in der Politik gescheitert. Diese zerfahrene Situation wurde nun auch in einer Aussprache im Deutschen Bundestag, welche am 18. November 2020 stattgefunden hatte, deutlich.

Die gesamte Aussprache können Sie anlesen unter https://dserver.bundestag.de/btp/19/19191.pdf unter Tagesordnungspunkt 5.

Ausgangspunkt war eine Großer Antrag ausgerechnet von Die Linke. (BB)

Informationen

Mitgliedsverbände der UOKG

- Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen
- Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V.
- Aufarbeitungsinitiative Zwangsaussiedlungen (AIZ)
- Bund der Stalinistisch Verfolgten – Landesverband Berlin
- Bund der Vertriebenen e.V.
- Cottbuser Häftlingsgemeinschaft
- DDR-Museum in Pforzheim
- Doping-Opfer-Hilfe e.V.
- Durchgangsheim Kindergefängnis Bad Freienwalde n.e.V.
- Fördergemeinschaft Recht & Eigentum e.V.
- Förderverein Gedenkstätte Bautzen e.V.
- Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/DDR Diktatur e.V.
- Forum zur Aufklärung und Erneuerung e.V.
- Freiheit e.V. Erfurt
- Gedenk– und Begegnungsstätte ehem. KGB-Gefängnis Potsdam e.V.
- Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus Berlin
- Initiative verfolgter Schüler und Studenten (Berlin)
- Initiativgruppe „Lager X Berlin-Hohenschönhausen“
- Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz e.V.
- Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf e.V.
- Initiativgruppe Lager Mühlberg e.V.
- Initiativgruppe NKWD-Lager TOST/ Oberschlesien 1945
- Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V. (IEDF)
- Interessengemeinschaft ehemaliger politischer Brandenburger Häftlinge 1945–1989
- Interessengemeinschaft zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen
- Interessengemeinschaft Zwangsausgesiedelter Sachsen-Anhalt e.V.
- Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e.V. (IGFM)
- Lagergemeinschaft Workuta /GULag Sowjetunion
- Menschenrechtszentrum Cottbus
- OvZ-DDR e.V. Hilfe für Opfer von DDR-Zwangsadoptionen
- Pro Universitätskirche e.V., Leipzig
- Süddeutscher Freundeskreis Hoheneckerinnen
- Verband ehemaliger Rostocker Studenten (VERS)
- Verband politisch Verfolgter des Kommunismus e.V. (VPVDK) Salzgitter
- Verein zur Förderung der Projektwerkstatt „Lindenstrasse 54“ e.V. Potsdam
- VOK Deutschland e.V. – Vereinigung der Opfer des Kommunismus
- VOS Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.

Assoziierte:

- Ehemalige politische Häftlinge in der CDU
- Ehemalige politische Häftlinge in der SPD

Kontaktdaten

Union der Opferverbände

Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Ruschestr. 103, Haus 1, 6. Etage

10365 Berlin-Lichtenberg

Tel.: 030 55 77 93 51
Fax: 030 55 77 93 40
E-Mail: info@uokg.de

Spendenkonto
Deutsche Bank Berlin
IBAN: DE79 1007 0024 0734 27 28 00
BIC: DEUTDEDBBER
für: UOKG e.V.

YouTube

Unser Kanal heißt:
UOKGNews

Internet

https://www.uokg.de/
https://facebook.com/UOKGeV/

Mitglied werden...

Mitglied kann jede Körperschaft oder Vereinigung werden, die sich den satzungsgemäßen Intentionen der UOKG verpflichtet und deren Zweck auf die in der Satzung genannten Aufgaben gerichtet ist.

Die UOKG in Ihrer Nähe

Unsere Regionalbeauftragten

Baden-Württemberg: Konstanze Helber
helber@uokg.de

Bayern: Dr. Michael Gleau
gleau@uokg.de

Berlin: Anita Goßler
über info@uokg.de

Brandenburg: Dr. Richard Buchner
buchner@uokg.de

Niedersachsen: info@uokg.de

Norddeutschland: Michael M. Schulz
schulz@uokg.de

Nordrhein-Westfalen: Dr. Christian Fuchs
fuchs@uokg.de

Rheinland-Pfalz: Elke Schlegel
schlegel@uokg.de

Sachsen: Peter-Christian Bürger
buerger@uokg.de

Südwestdeutschland: info@uokg.de

Thüringen und Sachsen-Anhalt:

Klaus Wolf: wolf@uokg.de

Kompetente Leitung

Im Vorstand haben SED-Opfer stets eine Mehrheit

Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
dombrowski@uokg.de

Stellvertreter: Roland J. Lange
andreas37@uokg.de

Stellvertreterin: Carla Ottmann
ottmann@uokg.de

Ehrenvorsitzende:

Horst Schüler (†), Gerhard Finn (†)

Weitere Mitglieder:

Inge Bennewitz
bennewitz@uokg.de

Konstanze Helber
helber@uokg.de

Sybille Krägel
kraegel@uokg.de

Ernst-Otto Schönemann
schoenemann@uokg.de

Kurz erzählt/Impressum

Förderhinweis

Dieser Newsletter wurde gefördert von der Staatsministerin für Kultur und Medien, Prof. Monika Grütters.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

NEU START KULTUR

Die unendliche Geschichte um die Stasischnipsel

Am 17. Mai besuchte die UOKG das Fraunhofer Institut (IPK). Mit dem Gespräch wollte sich die UOKG aus erster Hand Informationen über die technischen Möglichkeiten zur Zusammensetzung der zerrissenen Stasiakten einholen. Aus den Medien und anderen Kreisen waren dazu immer die unterschiedlichsten Erklärungen abgegeben worden.

Prof. Uhlmann, D. Dombrowski, Dr. Nickolay und Dr. Sachse. Foto: UOKG

Neben Dr. Bertram Nickolay, damals Leiter für das Pilotprojekt zur Zusammensetzung der Stasiakten, nahm auch der Institutsleiter Prof. Dr. Dr. Eckardt Uhlmann an dem Gespräch teil.

Das IPK übte zum Teil Kritik gegen die BStU, die das Pilotprojekt nicht genügend unterstützt hätten. Heute gäbe es im Gegensatz zum Pilotprojekt laut IPK leistungsfähige Scanner. Allerdings müsste der sogenannte E-Puzzler neu erarbeitet werden. Die Teams von damals stehen dem IPK jedoch nicht mehr zur Verfügung. Das verlorengegangene Knowhow müsste zunächst wieder hergestellt werden. (BB)

Mahnen und Erinnern – eine Forderung der UOKG wird Wirklichkeit

Am 15. Dezember wurde das von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft unter Mitarbeit eines Beirats unter Vorsitz der früheren Ministerpräsidentin von Thüringen, Christine Lieberknecht, erstellte Konzept «Denkmal zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland» im Tränenpalast vorgestellt.

Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU), welche den Auftrag zur Erstellung des Konzepts erteilt hatte, übergab das Konzept an die Vorsitzende des Bundestagskulturausschusses, Katrin Budde (SPD). (BB)

Copyright ©bundesregierung

Personalentscheidungen

Herr Dr. Sachse ist zum 1. März 2021 in Rente gegangen. Wir freuen uns Frau Sandra Czech (rechts, Foto: UOKG) als neue wissenschaftliche Mitarbeiterin nun auch fest im UOKG-Team begrüßen zu dürfen.

Wir wünschen Herr Dr. Sachse, der der UOKG mit seiner Expertise auch in Zukunft als wissenschaftlicher Berater zur Verfügung steht, alles Gute für seinen wohlverdienten Ruhestand. (BB)

Impressum

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Geschäftsstelle der UOKG. Die UOKG informiert damit ihre Mitgliedsverbände und alle interessierten Leser.

Redaktion dieser Ausgabe: Benjamin Baumgart — Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 16. Juni 2021

Copyright 2020 bei der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)